

## 1 **Lebenswertes Berlin – in jedem Alter**

2 Berlin ist immer im Wandel. Unsere Stadt verändert sich jeden Tag, sie wird vielfältiger,  
3 bunter – und älter. Bis zum Jahr 2030 wird das Durchschnittsalter der Berlinerinnen und  
4 Berliner laut einer Prognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung von aktuell 42,8  
5 Jahren auf 45,3 Jahre steigen. Damit einher geht eine Verschiebung des Altersaufbaus der  
6 Berliner Bevölkerung: Die Altersgruppe der 65- bis 80-Jährigen wird in den nächsten 18  
7 Jahren um etwa 14 Prozent auf 560.000 Personen anwachsen. Gleichzeitig wird die Anzahl  
8 der über 80-Jährigen um bemerkenswerte 87 Prozent auf 256.000 steigen.

9 Mit dieser Entwicklung, die in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft unter dem Schlagwort  
10 „demographischer Wandel“ diskutiert wird, werden oftmals nur negative Seiten  
11 verbunden. Die Berliner CDU sieht aber auch die Chancen, die diese Entwicklung mit sich  
12 bringt. Diese Chancen gilt es im Sinne unserer Stadt und aller ihrer Bewohnerinnen und  
13 Bewohner zu nutzen. Es gilt, das Alter auch jenseits des Klischees von „krank und  
14 gebrechlich“ zu sehen – und dabei trotzdem die Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen,  
15 die ältere Menschen benötigen.

16 Wir freuen uns darüber, dass die Menschen in Berlin heute im Durchschnitt länger leben  
17 und auch im Alter gesund und aktiv sind. Die älteren Berlinerinnen und Berliner wollen  
18 ebenso wie die Berlinerinnen und Berliner der jüngeren Generationen am  
19 gesellschaftlichen Leben teilhaben, mitbestimmen und ihren reichen Erfahrungsschatz  
20 zum Wohle aller einbringen. Die Aufgabe der Politik ist es, die Strukturen dafür zu  
21 schaffen. Berlin als größte deutsche Metropole kann hier beispielgebend für viele andere  
22 Städte und Regionen sein, indem sich unsere Stadt frühzeitig dem demographischen  
23 Wandel annimmt und aufzeigt, wie unsere Gesellschaft von dieser Veränderung  
24 profitieren kann – und wie eine Stadt in jedem Alter lebenswert sein kann.

25 Die Berliner CDU stellt sich dieser gesellschaftspolitischen Verantwortung und möchte mit  
26 den folgenden zwölf politischen Schwerpunkten schon heute die Grundlagen für den  
27 Wandel von morgen legen. Dieser Weg kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn alle  
28 Generationen gemeinsam an diesen Zielen arbeiten.

## 29 **1. Erfahrungsschatz nutzen - Bürgerschaftliches Engagement fördern**

30 Die ältere Generation verfügt über Kompetenzen und Potentiale, die für unsere  
31 Gesellschaft einen enormen Wert darstellen. Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung  
32 haben ältere Menschen mehr Zeit, sich gesellschaftlich zu engagieren. Tausende ältere  
33 Freiwillige leisten schon heute einen beeindruckenden Beitrag in Hospizen, Pflegeheimen,  
34 Behinderteneinrichtungen, Selbsthilfegruppen, Sportvereinen und mildtätigen Vereinen –  
35 Tendenz steigend. Die Berliner CDU wird diese erfreuliche Entwicklung weiterhin  
36 unterstützen. Durch Projekte und Initiativen wie Lesepatenschaften und sogenannte  
37 Mentoringprogramme, in deren Rahmen das wertvolle Wissen der älteren Generation an  
38 junge Menschen weitergegeben wird, wollen wir das bürgerschaftliche Engagement älterer  
39 Menschen aktiv fördern. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch dafür ein, die  
40 Freiwilligenarbeit attraktiver zu gestalten und die Anerkennungskultur in unserer Stadt  
41 beispielsweise durch Auszeichnungen und Freiwilligenpass weiter auszubauen.

## 42 **2. Altersarmut vorbeugen**

43 Der Anteil der Rentnerinnen und Rentner, die zusätzlich auf Grundsicherung angewiesen  
44 sind, nimmt in Berlin leider stetig zu. Erhielten im Jahr 2006 noch 47.139 Menschen  
45 ergänzend zu ihrer Rente Leistungen vom Staat, waren es drei Jahre später bereits 57.502  
46 Menschen – eine Steigerung um 22 Prozent. Damit sich das Problem der Altersarmut in  
47 Zukunft nicht verschärft, will die Berliner CDU die Ursachen möglicher prekärer  
48 Situationen im Alter an der Wurzel packen. Es gilt, möglichst früh anzusetzen, denn  
49 materielle und immaterielle Einschränkungen im Alter beginnen bereits mit einer  
50 unzureichende frühkindliche Bildung, fehlenden Schul- und/oder Berufsabschlüssen sowie  
51 unterbrochenen Erwerbsbiografien. Deshalb wollen wir die pädagogische Quantität und  
52 Qualität inhaltlich stärken. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Arbeitslose der  
53 Generation „50plus“ mit ihrer umfangreichen Erfahrung schnell wieder in den ersten  
54 Arbeitsmarkt integriert werden. Um das zu erreichen, sind verstärkte gemeinsame  
55 Aktivitäten von Politik und Unternehmen erforderlich.

### 56 **3. Wohnen im Alter bezahlbar und bedarfsgerecht gestalten**

57 Die Nachfrage nach bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnungen für Seniorinnen und  
58 Senioren ist in Berlin bereits zum jetzigen Zeitpunkt groß und wird weiter anwachsen. Um  
59 mit dem zunehmenden Bedarf Schritt halten zu können und die damit einhergehende  
60 Steigerung der Mietpreise zu dämpfen, hat der Berliner Senat aus CDU und SPD in seinem  
61 Koalitionsvertrag den Bau von 30.000 landeseigenen Wohnungen beschlossen. Wir setzen  
62 uns dafür ein, dass dort, wo dieser zusätzliche Wohnraum entsteht, die Bedürfnisse Älterer  
63 berücksichtigt werden. Dort, wo Wohnraum bereits existiert, ist dieser spätestens bei  
64 anstehenden Sanierungsmaßnahmen bedarfsgerecht anzupassen.

65 Um den vielfältigen Bedürfnislagen älterer Menschen gerecht zu werden, ist eine weitere  
66 Ausdifferenzierung von Wohnformen sowie von verschiedenen ambulanten Pflege- und  
67 Betreuungsformen notwendig. Ziel ist es, eine Versorgung zu ermöglichen, die die  
68 Selbstständigkeit so weit wie möglich erhält. Durch die Änderung der Wohnteilhabe-  
69 Bauordnung wollen wir erreichen, dass auch neue Formen des Wohnens im Alter –  
70 beispielsweise in Wohngemeinschaften – einfacher möglich werden. Es gilt, diese  
71 Wohnform gesetzlich zu legitimieren und in die vorhandenen Regelungsstrukturen  
72 einzufügen.

### 73 **4. Barrierefreies Berlin**

74 Seniorinnen und Senioren sind eine Bereicherung für jeden Kiez. Sie wirken stabilisierend  
75 und schaffen lokale Bindungen. Deshalb müssen wir darauf achten, älteren Menschen  
76 keine Hürden für ihre Teilhabe am Kiezleben in den Weg zu stellen. Barrierefreiheit sollte  
77 nicht nur in den Wohnungen, sondern auch im öffentlichen Raum herrschen, etwa durch  
78 abgesenkte Bordsteine und Fahrstühle im öffentlichen Personennahverkehr sowie  
79 niveaugleiche Einstiegsmöglichkeiten in öffentliche Verkehrsmittel wie beispielsweise  
80 Straßenbahnen. Insbesondere sollten Arztpraxen, Apotheken, Supermärkte, Freizeit- sowie  
81 Kultureinrichtungen ebenso wie Schulen und Kindergärten barrierefrei erreichbar und  
82 nutzbar sein.

## 83 **5. Generationsübergreifende Angebote vor Ort ausbauen**

84 Inzwischen gibt es über 500 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland, davon neun in  
85 Berlin. Damit sind neue Orte entstanden, an denen sich Menschen jeden Alters begegnen  
86 können. Auch für Singles im Alter entstehen dadurch Anlaufpunkte, um  
87 generationsübergreifend in Kontakt zu treten. Die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser  
88 wird in Berlin durch mehr als 50 Stadtteilzentren ergänzt. Diese haben einen  
89 generationsübergreifenden Ansatz und sind offen für alle, unabhängig von Alter und  
90 Herkunft. Durch Mittel aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)  
91 wollen wir sicherstellen, dass die bedarfsgerechte Finanzierung der Stadtteilzentren  
92 erhalten bleibt. Die Berliner CDU verfolgt weiterhin das Ziel, ein Stadtteilzentrum pro  
93 Region zu schaffen und damit die Angebote für alle Generationen vor Ort auszubauen.

## 94 **6. Wohnortnahe Ärzteversorgung sicherstellen**

95 Eine hochwertige medizinische Versorgung in der Nähe der Wohnung ist gerade für ältere  
96 Menschen von großer Bedeutung. Um dieses Angebot für alle Stadtgebiete gewährleisten  
97 zu können, werden wir die bestehenden Defizite auf Grundlage des neuen  
98 Versorgungsstrukturgesetzes angehen. Momentan wird Berlin als einheitliche  
99 Planungsregion betrachtet, was dazu führt, dass es zu Unterschieden bei der Verteilung  
100 der Haus- und Facharztpraxen zwischen den Bezirken kommen kann. Die neuen  
101 gesetzlichen Rahmenbedingungen ermöglichen es künftig, besondere lokale  
102 Gegebenheiten zu berücksichtigen. Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit den  
103 Akteuren im Gesundheitssektor ein integriertes Versorgungskonzept entwickeln, um eine  
104 intensivere Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgung zu erreichen. Eine  
105 bessere Koordination in Form eines effektiven Entlassungsmanagements zwischen den  
106 behandelnden Ärzten auf der Station sowie den weiterbehandelnden Haus- und  
107 Fachärzten wird angestrebt. Es müssen sowohl die weiteren Behandlungsschritte im  
108 Rahmen der Rehabilitation als auch der Zugang zu Medikamenten im Anschluss des  
109 stationären Aufenthaltes abgestimmt werden. Bei der ärztlichen Versorgung in  
110 Pflegeheimen möchten wir die Betreuung durch Fachärzte vor Ort sicherstellen und  
111 ausbauen.

## 112 **7. Gute Pflege sicherstellen**

113 Angesichts der demografischen Entwicklung und der sich ändernden Familienstrukturen  
114 ist schon heute absehbar, dass der Bedarf an professioneller Hilfe, gerade auch im  
115 ambulanten Bereich, perspektivisch wachsen wird. Für Berlin deuten Hochrechnungen auf  
116 einen Anstieg von derzeit etwa 100.000 auf ca. 170.000 Pflegebedürftige im Jahr 2030 hin.  
117 Dabei wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei den über 65-jährigen  
118 Pflegebedürftigen besonders stark zunehmen. Daher benötigen wir eine interkulturelle  
119 Öffnung in der Pflege.

120 Wir müssen Vorsorge dafür treffen, dass auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige  
121 Pflege und Betreuung sichergestellt werden kann. Es ist das Ziel der Berliner CDU, eine  
122 zukunftsweisende, ressortübergreifende Gesundheits- und Pflegepolitik zu etablieren.  
123 Diese muss die Rahmenbedingungen schaffen für eine möglichst geschlossene ambulante  
124 Versorgungskette, die für die Berliner geeignete Hilfsangebote bereit hält und damit eine  
125 gute Pflege sicherstellt.

## 126 **8. Pflegeangebote transparenter darstellen**

127 Für Betroffene, vor allem aber für pflegende Angehörige, ist es oft schwierig, sich bei der  
128 Fülle der Pflegeangebote und Pflegeleistungen im Internet zu orientieren und für den  
129 eigenen Bedarf das Richtige zu finden. Die CDU Berlin will hier für mehr Transparenz  
130 sorgen. Dazu soll das Projekt „Pflegelotse Berlin“ weiter ausgebaut und gefördert werden.  
131 Schon heute gibt es dort eine umfassende Darstellung aller stationären  
132 Langzeitpflegeeinrichtungen in Berlin. Auf dieser Internetplattform werden für den  
133 vollstationären Bereich auch die Prüfergebnisse des Medizinischen Dienstes der  
134 Krankenkassen e.V. mit qualifizierten Verbraucherinformationen zusammengeführt. Die  
135 Berliner CDU möchte das Angebot des Pflegelotsen verbraucherfreundlich  
136 weiterentwickeln und bestehende Informationslücken schließen. Wir wollen das Angebot  
137 anwenderfreundlicher gestalten und sicherstellen, dass mit klaren Indikatoren und mehr  
138 Transparenz deutlich wird, welche Einrichtung für welchen Kundenkreis die richtige ist.

## 139 **9. Zentrales Pflegebeschwerdemanagement einführen**

140 Um die Qualität in der Pflege stetig zu verbessern, ist es von großer Bedeutung, eine  
141 zentrale Stelle für Beschwerden einzuführen. Auf Initiative der CDU Berlin wurde bei der  
142 Patientenbeauftragten des Landes Berlin eine zentrale Koordinierungsstelle für  
143 Beschwerden geschaffen. Diese soll Verbraucher darüber informieren, wer bei welchen  
144 Problemen der richtige Ansprechpartner ist, wer aufklärt, wer Abhilfe schafft  
145 beziehungsweise Lösungsmöglichkeiten aufzeigt. Darüber hinaus sollen die Vernetzung  
146 von Beschwerdebearbeitung im Bereich Pflege, die Aufbereitung von Erkenntnissen zu  
147 Problemfeldern und die Entwicklungen in Form eines Monitorings sowie die Ableitung von  
148 grundsätzlichen Handlungsbedarfen angegangen werden. Die Berliner CDU will damit  
149 sicherstellen, dass mehr Kontrolle in der Pflege zum Schutz aller Beteiligten ermöglicht  
150 wird.

## 151 **10. Verbraucherschutz für ältere Menschen stärken**

152 Ältere Menschen stellen einen Konsumentenkreis mit besonderen Anforderungen dar.  
153 Altersgerechte Produkte und Dienstleistungen erleben eine steigende Nachfrage. Im  
154 Rahmen der Eigenvorsorge künftiger Altengenerationen steigt der Bedarf nach Beratung  
155 rund um das Alter (Alterssicherung, Versicherungsschutz, Verträge mit Pflegeanbietern  
156 etc.).

157 Seniorinnen und Senioren sind dabei mit Problemen wie beispielsweise schwer lesbaren  
158 Produktinformationen, unverständlichen Vertragsklauseln oder Anglizismen konfrontiert.  
159 Es bedarf daher klarer gesetzlicher Regelungen, um ältere Menschen vor Betrug zu  
160 schützen. Es gilt, die Handlungskompetenzen und Wahlmöglichkeiten der älteren  
161 Generation zu stärken. Um hier gezielter zu informieren und aufzuklären, wird sich die  
162 Berliner CDU den älteren Menschen als besondere Zielgruppe des Verbraucherschutzes  
163 widmen.

## 164 **11. Freizeit- und Gesundheitsangebote bedarfsgerecht ausbauen**

165 Um die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen weiter zu fördern, bedarf es des  
166 raschen Ausbaus von altersgerechten Freizeit- und Gesundheitsangeboten. Dem  
167 Gesundheits- und Rehabilitationssport kommt hier eine besondere Rolle zu. Die CDU  
168 Berlin wird hierfür das „Aktionsprogramm Gesundheit“ initiieren und damit einen  
169 Förderschwerpunkt im Bereich Prävention setzen. Hierbei werden wir innovative  
170 Leistungen und Projekte mit Vorbildwirkung im Bereich des Gesundheitsschutzes  
171 unterstützen. Um diese Projekte und weitere Präventionsangebote stärker publik zu  
172 machen, setzen wir uns für die Schaffung einer Datenbank ein, die einen Überblick über  
173 die derzeitige Angebotsstruktur ermöglicht. Die Erfassung von Zielgruppen und  
174 Ausrichtung der einzelnen Angebote bieten einen Überblick darüber, welche  
175 Möglichkeiten bereits jetzt bestehen und in welchen Bezirken bestimmte Kursangebote  
176 gestärkt werden müssen. Mit Hilfe eines virtuellen Stadtplans wird es somit künftig  
177 leichter möglich sein, zielgruppenspezifische Angebote zu finden.

## 178 **12. Mitsprache von Seniorinnen und Senioren stärken**

179 Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, die Seniorenvertretungen in den Berliner Bezirken in  
180 den kommenden Jahren weiter zu stärken. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die  
181 Erfahrungen der älteren Generationen besser in die politischen Debatten einfließen. Wir  
182 wollen mehr Seniorinnen und Senioren für die Mitarbeit in diesen Gremien gewinnen und  
183 die Verankerung der bezirklichen Seniorenvertretungen in den Berliner Bezirken  
184 ausbauen. Das im Jahr 2006 in Berlin in Kraft getretene Seniorenmitwirkungsgesetz soll  
185 erneut überprüft werden, um die größtmögliche demokratische Legitimation dieser  
186 Gremien zu erreichen. In der weiteren Diskussion muss auch darauf geachtet werden, dass  
187 es den durch das Gesetz gestärkten Seniorenvertretungen und dem Landesseniorenbeirat  
188 gelingt, auch die Anliegen von Pflegebedürftigen, Heimbewohnern, Demenzkranken und  
189 anderen in ihrer Autonomie eingeschränkten Personen wirksam im politischen Prozess zu  
190 vertreten. Es ist das Ziel der Berliner CDU, das Selbstbewusstsein der älteren Generation  
191 in Berlin deutlich zu stärken.

192 **Fazit und Ausblick**

193 Eine Politik, die die Chancen des demographischen Wandels aktiv nutzt, setzt bereits  
194 frühzeitig an. Sie beginnt mit kinder-, jugend- und familienfreundlichen Initiativen, mit  
195 guter Bildung und Gesundheitsförderung bereits in jungen Jahren. Sie bietet älteren  
196 Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, eine bedarfsgerechte Unterstützung und stellt  
197 allen Seniorinnen und Senioren die Strukturen zur Verfügung, die sie für eine aktive  
198 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben brauchen.

199 Dank der gestiegenen Lebenserwartung und der verbesserten Gesundheitsversorgung  
200 dauert die Lebensphase nach der Erwerbstätigkeit heute nicht nur länger, sondern  
201 gestaltet sich auch vielschichtiger. Die Möglichkeiten älterer Menschen, die sich durch das  
202 neue Rollenbild ergeben, sollten stärker für die gesamte Gesellschaft genutzt werden. Im  
203 neuen, längeren Ruhestand neue sinnvolle Aufgaben zu finden, ist eine der zentralen  
204 Anforderungen für ein erfülltes Altern. Erfülltes Altern zu ermöglichen, ist eine  
205 gesellschaftliche Herausforderung, die alle Generationen betrifft. Die Berliner CDU wird  
206 gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern diesen Prozess aktiv gestalten. Eine  
207 lebenswerte Stadt muss eine Stadt für Menschen jeden Alters sein.